

# LITERATURBERICHT

## Das Globalisierungsparadox. Sammelrezension

**Hans-Heinrich Nolte**

Rezensiert werden folgende Titel:

Dani Rodrik: *The Globalisation Paradox. Why Global Markets, States and Democracy can't coexist*, Oxford: Oxford University Press 2011, 345 S.

Richard Münch: *Das Regime des Freihandels. Entwicklung und Ungleichheit in der Weltgesellschaft*, Frankfurt a. M.: Campus Verlag 2011, 330 S.

Hartmut Elsenhans: *The Rise and Demise of the Capitalist World-System*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2011, 217 S.

Hartmut Elsenhans: *Kapitalismus global. Aufstieg – Grenzen – Risiken*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 2012.

Amy Chua: *World on Fire. How Exporting Free Market Democracy Breeds Ethnic Hatred and Global Instability*, London: Random House, 2004, 346 S.

Seit der Bankenkrise ist der neoliberale Konsens der 90er Jahre wieder infrage gestellt worden, und die Debatte über das „Wesen“ oder doch die historische Realität des Kapitalismus ist neu eröffnet. Was kann ein Historiker im Unterschied zu Soziologen oder Ökonomen davon verstehen? Bei einer solchen „Übersetzung“ einiger Texte anderer Disziplinen in die volksnähere Sprache der Geschichte sind Friktionen und Verluste unumgänglich (wie bei allen Übersetzungen), deshalb werden die hier rezensierten Autoren um Nachsicht und die Leser um Vorsicht gebeten.

Dani Rodrik ist Professor für „International Political Economy“ an der Harvard Universität und wurde durch sein Buch „One Economics, many Recipes“ bekannt.<sup>1</sup> In seiner

1 D. Rodrik: *One Economics, Many Recipes. Globalization, Institutions And Economic Growth*, Princeton 2007.

neuen Studie mit dem Titel ‚Globalization Paradox‘ kritisiert er die Politik des Washington Consensus, der die Rolle der Staaten reduziert. Das System von Bretton Woods beruhte in seinem Verständnis auf einem Kompromiss zwischen globalen Interessen und denen einzelner Nationen, wobei den teilnehmenden Staaten „explizit das Recht [zugeprochen wurde], alle Kapitalbewegungen zu kontrollieren“ (S. 95). Sie taten das auch, z. B. erhoben die USA von 1963 bis 1974 eine Sondersteuer auf Zinserträge aus dem Ausland, um den Kapitalexpert ein zu dämmen (S. 99). Gerade weil es ein Kompromiss war, wurde Bretton Woods zu einem „roaring success“ (S. xvii). Der Welthandel wuchs im Schnitt um fast sieben Prozent jährlich und die Weltwirtschaft um ca. 3% per capita (zw. 1950–1973). Grundlage dafür war, dass die Abmachungen der Weltwirtschaft eine institutionelle Basis geschaffen hatten (S. 71, S. 110). Allerdings kündigten die USA 1971 die Zusage auf, Dollar gegen Gold zu tauschen und die sozialistische Regierung Frankreichs votierte, um die Kapitalflucht einzudämmen, unter dem Finanzminister Jacques Delors für die völlige Freiheit der Kapitalmobilität. Ein Vorschlag für eine Finanztransaktionsteuer scheiterte 1978 und der Einfluss des Kapitals auf die Politik stieg. Kapitalmobilität wurde zur Norm des *acquis communautaire* der EU und des Vertrags von Maastricht (1992).

Die Globalisierung des Welthandels ohne institutionellen Rahmen führte zu einer Finanzblase. 2007 betrug der Umfang des Handels in fremden Währungen mit 3,2 Trillionen US-\$ täglich ein Vielfaches des Werts des Handels mit Waren (38 Milliarden US-\$ täglich); „der Finanzmarkt hatte die Wirtschaft überschwemmt“ (S. 107). Rodrik sieht nun drei Optionen – die Demokratie einschränken, die Globalisierung einschränken oder die Demokratie globalisieren (S. 200) – und diskutiert sehr kritisch die Möglichkeit, eine demokratisch legitimierte „global governance“ zu erreichen. Nicht nur die Schwierigkeiten der EU lassen ihn gegen die dritte Variante plädieren, sondern auch der Befund des *World Values Survey*, dass der Nationalstaat die erfolgreichste Form von Identitätsbildung darstellt und „die Konstruktion transnationaler politischer Gemeinschaften ein Projekt von globalisierten Eliten ist, das weitgehend auf ihre eigenen Bedürfnisse abgestimmt ist“ (S. 231).

Rodrik plädiert für eine Einschränkung der Globalisierung, also die zweite Option, doch ergänzt durch eine neue Art der Kooperation von Staaten und Wirtschaft auf globaler Ebene, die er – nach der Periode des Goldstandards und von Bretton Woods – „capitalism 03“ nennt. Dabei geht er davon aus, „dass die Idee, Märkte regulierten sich selbst, in der kürzlichen Finanzkrise einen tödlichen Schlag erhielt und ein für alle Mal beerdigt werden sollte“ (S. 237). An deren Stelle entwirft er ein „system of governance“, das auf den Nationalstaaten beruht und eine Vielzahl nationaler Wege zum Wohlstand erlaubt. Nichtdemokratische Teilnehmer des Systems werden aber benachteiligt, da man nicht „annehmen kann, dass die institutionellen Arrangements dieses Landes die Einstellungen seiner Bürgerschaft (*citizenry*) wiedergeben“ (S. 245), mithin eine Legitimitätslücke bleibt.

Dieses Modell erscheint gegenüber Konzepten einer gestuften Souveränität<sup>2</sup> wenig differenziert, und Rodrik erkennt selbst eine Lücke – die weltweite Migration verändert ständig die Basis der „citizenry“. Während er sonst die Nachteile und Schwächen der „Hyperglobalisierung“ kritisiert, akzeptiert er, dass der Weltarbeitsmarkt „bei weitem noch nicht global genug ist“ (S. 266). Ihm schwebt ein System vor, in dem Gastarbeiter – er benutzt den Terminus im Englischen als Lehnbildung – bis zu fünf Jahre in einem Zentrumsland bleiben können und dann wieder zurückgehen muss. Dass die Arbeitsmigration – von anderen Formen der Migration zu schweigen<sup>3</sup> – mit solchen Programmen nicht zu lösen ist, zeigt jeder Besuch an den Zäunen dieser Welt im Süden der reichen Länder.

Das Grundkonzept Rodriks, in der Tradition von Keynes (und des Ordoliberalismus), dem Kapitalismus der freien Märkte einen regelnden Staat gegenüberzusetzen, ist überzeugend, und seine Kritik des Weltstaatskonzeptes muss man ernstnehmen. Seine Vorstellung einer Arbeitsmigration auf Zeit zeigt jedoch, dass er die Regelungskapazität des Nationalstaats überschätzt, der ja schon jetzt das legitimatorische Problem der EU oder eines Weltstaats auf unterer Ebene wiederholt. Der Hiatus zwischen dem Anspruch demokratischer Willensbildung und der Realität marginalisierter Gruppen, die an ihr nicht teilnehmen – z. B. von Immigranten „ohne Papiere“ – ist groß. Insgesamt handelt es sich um ein sehr spannendes Buch. Da es von einem bekannten amerikanischen Ökonomen kommt, darf man es vielleicht etwas überinterpretieren: in Amerika wächst die Furcht, dass die Globalisierung die Verfassung des Landes infrage stellt. Man merkt, dass diese Gruppe der Amerikaner ihr Land als Nation sieht, und nicht als Imperium.

Richard Münch, Professor für Soziologie in Bamberg, skizziert als Ausgangspunkt seines Buches die Struktur und Dynamik der neuen Weltwirtschaft, die Schwächung der alten nationalen Mittelschichten und die neuen Verknüpfungen zwischen Klassenposition und Regionen (S. 54). Segmentäre Differenzierungen wie Nationen behalten für ihn ihre Bedeutung, ändern aber ihre Struktur, z. B. indem Nationen es zu ihrer Aufgabe machen, auch in früher autonomen Bereichen neue Funktionen durchzusetzen. So fördert der Wettbewerbsstaat, dass Lehrstühle nach der Kapazität besetzt werden, Drittmittel einzuwerben, oder dass Komponenten von Bildung, die sich nicht unmittelbar in Humankapital umsetzen lassen, mit der Durchsetzung von PISA zurück gedrängt werden.

Aber die Bedeutung nationaler Solidarität tritt zurück. Als Träger der moralischen Konstruktion der Weltwirtschaft stellt er die in Bretton Woods gegründeten Institutionen Weltbank, IWF und GATT (bzw. WTO), ILO, UN-Unterorganisationen und NGOs sowie schließlich auch Unternehmer vor; als „tragende Elemente der sich herausbildenden Weltgesellschaft“ sieht er transnational operierende „Unternehmen, Organisationen und zivilgesellschaftliche Vereinigungen“ (S. 29). Die Veränderungen beschreibt er mit

2 Etwa bei T. König/E. Rieger/H. Schmitt (Hrsg.): Das Europäische Mehrebenensystem, Frankfurt a. M. 1996.

3 Wie für amerikanische Literatur üblich, fehlt die deutschsprachige. Aber er hat auch klassische englischsprachige Studien nicht berücksichtigt (etwa P. Manning: Migration in World-History, New York 2005), geschweige denn neuere Arbeiten wie die von T. A. Jones/E. Mielants (Hrsg.): Mass Migration in the World-System, Boulder 2010.

einem Konzept „interdependenter Felder des gesellschaftlichen Wandels“ – umkämpfte Vorgänge, in denen vor allem auf ökonomischen Wandel reagiert wird. Besonders geht er auf Strategien ein, die zwischen „globaler Wirtschaftsintegration“ und „nationaler Sozialintegration“ vermitteln (S. 119).

Münch folgt, wie er selbst schreibt, dem „klassischen Mittelklasse-Erklärungskonzept“ (S. 191) für die Entstehung des Kapitalismus und den Transfer in andere Regionen, und zitiert mehrfach Forschungen, die zeigen, dass die Ungleichheit zwischen Nationen abnimmt und jene innerhalb der Nationen steigt. Allerdings sind die in diesen Arbeiten zugrunde gelegten Daten durchweg vor der Bankenkrise 2008 erhoben worden und viele beruhen auf Material von 2003 (WDI, HDI). Ohne hier die Debatte aufzunehmen, ob Münch diese Datensammlungen angemessen interpretiert, ist deutlich, dass auf dieser Quellenbasis die aktuelle Frage – ob auch die Ungleichheit zwischen den Nationen zunimmt – nicht beantwortet werden kann. Seine Hauptfrage ist, wie eine „Internationalisierung der Solidarität im System der wachsenden Arbeitsteilung“ (S.203) zu erreichen ist, die die voranschreitende „Auflösung gewachsener Solidaritätsstrukturen in Nachbarschaften, Familien und Unternehmen“ (S. 204) kompensieren könnte.

Hartmut Elsenhans, inzwischen emeritierter Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Leipzig, gehört seit den 1970er Jahren zu den wichtigen Diskutanten des Charakters unserer Gesellschaft und zu denen, die in der Wallerstein-Diskussion von Beginn an endogene Prozesse in der Entwicklung des Kapitalismus betont haben.<sup>4</sup> Im Kontext der Diskussionen über Kapitalismus und Peripherie hat er früh für ein „reformorientiertes Bündnis mit Segmenten von Staatsklassen in der Dritten Welt“ plädiert.<sup>5</sup> Mit der Studie „Rise and Demise“ wendet sich Elsenhans an ein globales, aber doch wohl kleines Publikum mit großen Kenntnissen der Literatur.<sup>6</sup>

Er bestimmt Kapitalismus als ein Produktionsverhältnis, in dem die Klassenverhältnisse durch Erweiterung der Macht von „Labour“, von den Arbeitenden mitbestimmt werden: Rente (Aneignung des Surplus auf der Grundlage von politischer Macht und/oder Fehlern im Marktsystem) wird ersetzt durch eine Form des Austauschs, die vertraglich geregelt ist und die auch Personen außerhalb der privilegierten Klasse Zugang zum Markt gestattet. Nur dadurch wird der Zugang der privilegierten Klasse zum Markt von ihrer ökonomischen Effektivität abhängig (S. 29). Die Mächtigen werden durch den Widerstand der Subalternen gezwungen, kapitalistische Verhältnisse zuzulassen. Die privilegierten Klassen haben aber auch selbst Zugang zum Markt, jedoch individuell und nicht als Kollektiv, und „unter der Bedingung, dass sie eine Wirtschaftsleistung erbring[en],

4 H. Elsenhans: Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, in: D. Senghaas (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt a. M. 1979, S. 103-150.

5 Ders.: Nord-Süd-Beziehungen, Stuttgart 1984, S. 127.

6 Der Titel bezieht sich selbstverständlich auf Edward Gibbon, aber auch auf I. Wallerstein, The Rise and Future Demise of the World Capitalist System, in: Comparative Studies in Society and History 16 (1974) 4, S. 387-415 (auf deutsch erschienen als „Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems“, in: D. Senghaas [Hrsg.], Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt 1979, S. 31-67; der englische Titel ist dort mit den Plural „World-Systems“ falsch angegeben, S. 413).

die im Markt bewertet wird“ (S. 23), also einen Profit erbringt. Diesen können sie nur erreichen, in dem sie investieren.

Um das „Übergewicht von Profit über Rente“ (S. 30) zu erreichen, braucht Kapitalismus nach Elsenhans steigende Masseneinkommen. Es gibt aber keinen automatischen oder notwendigen Übergang zum Kapitalismus und selbstverständlich kann der jetzige Zustand wieder in eine Rentenökonomie verwandelt werden. Der Kapitalismus braucht auch keine äußeren Märkte; die Ausbeutung der Peripherie war (ist) historisch zufällig. Der Grund für die Krise in der imperialistischen Periode war Unterkonsumption. Die Expansionen des 19. und die Weltkriege des 20. Jahrhunderts hatten also eher endogene als exogene Gründe, waren eher von der Krise des Zentrums gesteuert als vom Konkurrenzkampf der Zentrumsländer um reale oder potentielle Möglichkeiten zur Ausbeutung.

Der Autor hält also nach wie vor die Wirkungen der Expansion auf die Zentrumsländer für sekundär. Meine eigene, ältere historiographische Fassung des Übergangs von der globalen Expansion des 19. zu den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts – dass das Ende der Ausbreitungsmöglichkeiten auf Grund der Aggressivität des Gesamtsystems dazu geführt hat, dass die Expansion verstärkt innerhalb des europäischen Zentrums gesucht wurde<sup>7</sup> – bleibt undiskutiert. Wichtiger ist selbstverständlich, dass die aktuelle Diskussion um die koloniale Struktur der europäischen Gesellschaften und um Postkolonialität nicht rezipiert und ihr gewissermaßen der Ansatzpunkt abgesprochen wird.<sup>8</sup>

Die relevante Frage ist, ob Globalisierung zu mehr Markt und mehr Profit – oder zu einer rentengeleiteten Weltökonomie führt. Lohnzurückhaltung erhöht die Unterkonsumption. Außerdem fördert die mit dem „cultural turn“ durchgesetzte Okkupation des kulturellen Bereichs durch Organisationen der Mittelklasse sowie „das Fehlen irgendwelcher Formationen, die auf spontaner Praxis der Massen beruhen“ (S. 125) eher die Erneuerung der Rentenökonomie, nur diesmal eben auf globaler Ebene, als die Durchsetzung globaler Märkte.

Kapitalismus und Rentenökonomie werden von Elsenhans als langfristige Varianten, wenn nicht sogar (ab der Entstehung eines gesellschaftlichen Surplus) als Universalien der Wirtschaftsverfassung verstanden. Beide Wirtschaftsformen kommen gleichzeitig vor. Damit knüpft er an Braudel an, der für die europäische Frühe Neuzeit große Industrie und Markt gegenüber stellte, wobei er jedoch gerade die Industrie (trotz der für die Teilhabe an ihr notwendigen Investitionen) als Beispiel für eine Rentenökonomie angibt.

Elsenhans' Arbeit ‚Kapitalismus global‘ wendet sich an ein breites Publikum in Deutschland. Hier erscheint Kapitalismus als ein „zufälliges ... Nebenprodukt des Kampfes des Gemeinen Mannes um Anerkennung und Berücksichtigung seiner Interessen.“ (S. 9). Während in Hierarchien vorkapitalistischer Gesellschaften um die Verteilung von Ren-

7 H.-H. Nolte: Die Eine Welt, Hannover 1982, S. 91 f.; ders.: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien 2009, S. 41 ff.

8 M. Boacã/W. Spohn (Hrsg.): Globale, multiple und postkoloniale Modernen, München 2010.

ten gekämpft wird, deren Aneignung letztlich auf Gewalt beruht (S. 14), geht es hier um Profit. Kapitalismus wird über den „finanz-wirtschaftlichen Sektor gesteuert“ (S. 18) und zwar über Wettbewerb, der eine Ausweitung der Massennachfrage voraussetzt; Fernhandel mit Luxusgütern reicht nicht. Nur in England und erst im 18. Jahrhundert waren die Voraussetzungen – stabile Nachfrage kleiner und mittlerer Haushalte nach Massengütern und technischer Fortschritt<sup>9</sup> – zusammen und damit die Gründung des Kapitalismus möglich. Industrielle Revolution und Kapitalismus fallen demnach ineinander.

Elsenhans rekurriert (wie Wallerstein 1974) auf die *Agrarian Revolution* als Voraussetzung des Kapitalismus, lässt aber in seiner Einordnung des Handelssystems der Frühen Neuzeit als nicht-kapitalistisch den baltischen Handel außer Acht, der Freihandel war und Massengüter transportierte (Getreide, Holz, Hanf, Stangeneisen).<sup>10</sup> So kann er bei England als Ursprungsland des Kapitalismus bleiben, von dem er meint, es sei vor der Industriellen Revolution ein „armer Staat“ gewesen, obgleich dieser vom 16. Jahrhundert an die höchste Besteuerung je Einwohner erreicht hatte und seine Militärausgaben (mit Subsidien) die jedes anderen Landes in Europa übertrafen.<sup>11</sup> Elsenhans bleibt also bei der „Sonderrolle Englands“ (S. 55) und führt sie u. a. auf die guten Roderechte zurück – Rodung hat auch die chinesische und die indische Geschichte der Frühen Neuzeit geprägt und auch deutsche oder russische Rodebauern hatten bessere Rechte als die im jeweiligen Zentrum.

Auch bei der Darstellung der Entwicklungsproblematik peripherer Länder (nach der kolonialen Periode) betont der Autor die Rolle des Massenkonsums. Die „Staatsklassen“ dieser Länder verfügen über Renten aus Steuern oder Abgaben aus Rohstoffexport und scheitern in ihrer Modernisierungspolitik vor allem, da sie keine Erhöhung des Massenkonsums durchsetzen. Im Gegenteil, um Kapital für Investitionsgüter zu gewinnen, „wurde den Massen Bescheidenheit verordnet“ (S. 147). Auch die Weltwirtschaftskrise sieht er in Unterkonsumption begründet. Er zeigt für die USA, dass es erst im Zweiten Weltkrieg möglich war „die in den 1920ern ausgebliebenen Reallohnsteigerungen nachzuholen“ (S. 169), da höhere Staatsausgaben für Rüstung durchzusetzen waren als für Sozialabgaben (S. 171). Nach dem Krieg waren die meisten bürgerlichen Regierungen jedoch bereit, für die politische Stabilität ein hohes Beschäftigungsniveau und eine breite Nachfrage zur Staatsaufgabe zu machen (S. 179). In den „glorreichen drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg“ (S. 180) stiegen im Westen die realen Stundenlöhne.

9 M. E. bestimmten beide jedoch schon in Holland, und zwar spätestens im 17. Jahrhundert, Ökonomie und Politik, durch Massengüter aus dem Baltikum und auf den Werften Hollands gebaute preiswerte Schiffe, dazu: I. Wallerstein: *The Modern World-System*, New York 1974; H.-H. Nolte: Zur Stellung Osteuropas im internationalen System der Frühen Neuzeit. Außenhandel und Sozialgeschichte bei der Bestimmung der Regionen, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 28 (1980) S. 161-197 (auf englisch in: *Review* 7 [1982] 1, S. 25-84); ders., *The Netherlands and Russia in the Seventeenth Century*, in: *Review* X (1986) S. 230-244.

10 10 Vgl. einführend M. North: Ostseehandel. Drehscheibe der Weltwirtschaft in der Frühen Neuzeit, in: A. Komlosy/H.-H. Nolte/I. Sooman (Hrsg.): *Ostsee 700 – 2000*, Wien 2008, S. 132-147.

11 P. O'Brien/P. A. Hunt: *England 1585–1815*, in: R. Bonney (Hrsg.): *The Rise of the Fiscal State in Europe*, Oxford 1999.

Mit der neuen Globalisierung und nach dem Zusammenbruch der UdSSR veränderten sich jedoch die Bedingungen. Elsenhans hält „eine durch Renten dominierte Weltwirtschaft, in der politische Macht entscheidend wird“ (S.185) für das wahrscheinliche Ergebnis der gegenwärtigen Krise. Er entwirft Strategien gegen diese Tendenz und für „das Ziel, Arbeit Verhandlungsmacht zu verschaffen“ (S. 220) und ruft zur „Verteidigung des Kapitalismus“ auf. Wer als globaler Akteur für eine weltweite Politik der Erhöhung der Arbeitereinkommen auftreten könnte, bleibt allerdings unklar.

Zusammengenommen bietet der Autor eine angenehm knappe, ordoliberalen Erklärung von Geschichte und gegenwärtiger Lage des Kapitalismus, der für ihn endogen entstanden ist, womit er sich deutlich gegenüber der Dependencia-Theorie abgrenzt. Darin muss man nicht übereinstimmen. Wichtig an dem Buch ist aber, dass Elsenhans über das Ende des Kapitalismus nüchtern nachdenkt und mit der Gegenüberstellung von Rente und Profit breit einleuchtende Kategorien entwickelt hat, z. B. bzgl. der Renteneinkommen arabischer Fürstentümer, die eine Voraussetzung für deren (zwischen Moskau und Lagos, New York und Karachi) zunehmenden politischen Einfluss bilden. Es ist wichtig zu begreifen, dass die aktuelle Alternative zum Kapitalismus vielleicht nicht irgendeine Art von Sozialismus, sondern eine von Monopolen beherrschte globale Renten-Ökonomie ist.

Amy Chua lehrt Recht an der Universität von Yale; sie stammt aus einer südchinesischen Familie und ist in den USA aufgewachsen. Das Buch, an das hier erinnert werden soll, war vor zehn Jahren ein Bestseller in der New York Times-Listung und hat die amerikanische Debatte um den Neoliberalismus deutlich beeinflusst. Chua wählt als Ausgangspunkt die Ermordung ihrer Tante (durch den Chauffeur), die zu der kleinen reichen chinesischen Elite auf den Philippinen gehörte, was die ganze Familie in ihrem Selbstwertgefühl traf. Der chinesische Mensch glaubt an das Glück (so Chua), und wer ermordet wurde, hat offensichtlich kein Glück gehabt. Damit das Unglück nicht mehr Mitglieder des Clans trifft, konnte die Tante nicht im Familiengrab beigesetzt werden.

Die Ausgangsgeschichte gibt der Kernthese Chuas die nötige emotionale Farbe für ihren Bestseller darüber, „wie der Export von Marktdemokratie ethnischen Hass und globale Instabilität hervorruft.“ Neoliberal organisierte Märkte tendierten dazu, Wohlstand in den Händen weniger zu akkumulieren, und wenn diese Minderheit sich nicht nur sozial, sondern auch ethnisch oder religiös von der Mehrheit unterscheidet, kommt es zu Verfolgungen, Vertreibungen oder eben Mord. Sie nennt Fälle von Ruanda bis 9/11 und untersucht vier ökonomisch mächtige Minderheiten – Chinesen in Südostasien, „Weiße“ in Lateinamerika, jüdische Milliardäre im neuen Russland und Ibo in Kamerun. „Sobald Marktdemokratie durchgesetzt wird, während eine marktbeherrschende Minderheit vorhanden ist, ist ein Backlash die unabwendbare Folge“ – gegen Besitzende, gegen Demokratie überhaupt oder gegen die Minderheit (S. 10). Chua untersucht verschiedene Formen des Hasses auf die vermögenden Minderheiten – von Beschlagnahmungen und Vertreibungen bis zum Genozid - und stellt die Verschärfung dieser Tendenz in den Kontext der Globalisierung.

Zugleich erinnert sie daran, dass Markt-Demokratie – definiert als „laissez-faire Kapitalismus plus sofortiges Wahlrecht“ (S. 14) – in keiner westlichen Nation in einem Akt durchgesetzt worden ist, und kritisiert entsprechend, dass diese Kombination den Entwicklungsländern formelhaft aufgezwungen wird. Ähnlich kann man argumentieren, wenn eine Elite auf einen Schlag diese Markt-Demokratie „ihrem“ Lande aufzwingt, weil sie glaubt, dann schneller zum Westen aufschließen zu können. Ihre Liste von Opfern ist lang, und sie sieht durchaus, dass der Westen „nicht gegen die Kerndynamik, den Gegensatz zwischen dem Wohlstand für wenige und politischer Macht für viele“ und Massenverbrechen als Reaktion darauf gefeit ist – von Jim Crow bis zum Holocaust. Sie schließt mit der Mahnung, dass die USA in vielen Ländern als eine solche marktbeherrschende Minderheit gesehen werden.

Abschließend seien einige allgemeine Aspekte angesprochen.

*Bedrohung von Minderheiten:* Insbesondere Amy Chua verweist auf etwas, das der amerikanische Soziologe Michael Mann grundlegender aufgegriffen hat: den Zusammenhang von Demokratie und ethnischer Säuberung.<sup>12</sup> Mann beschreibt die „genozidalen Demokratien in der Neuen Welt“, bevor er auf die uns geläufigen Beispiele Armenien, Nationalsozialismus, Kommunistische Säuberungen, Jugoslawien und Ruanda eingeht.<sup>13</sup> Der Wiener Historiker Philipp Ther hat Chua und Mann kürzlich mit einer auf die europäischen Beispiele und den Nationalstaat beschränkten Analyse sekundiert.<sup>14</sup> Chua macht deutlich, dass es weder allein um die politische Form des Nationalstaats noch allein um die Verfassung der Demokratie geht, sondern darüber hinaus um die differenzierende Wucht des Kapitalismus des Freien Markts. Unter jenen Mitgliedern der Gesellschaften, die an den unteren Rand gedrängt werden oder sich vielleicht auch „absinken“ lassen, können Ängste vor Ausgrenzung und Verlust so weit wachsen, dass Hass, Wut und Habgier zu Gewalt führen. Die jeweilige Oberschicht ist allerdings oft noch eher zur Gewalt bereit und verfügt in der Regel auch über wirksamere Machtmittel, um ihren Wohlstand und die errungene soziale Distanz zu verteidigen. Ist die Oberschicht indes ethnisch differenziert, bildet sie eine „marktdominante Minorität“, kann eine nationalistische Gruppe sie zum Objekt des Hasses und der Begierde machen – wie die Chinesen auf den Philippinen. Dieses Risiko des Kapitalismus des Freien Marktes ist vor 2008 nicht ausreichend bedacht worden. Chua schließt ihr Buch mit dem Versuch zu erklären, „warum sie uns hassen“ und beschreibt die USA als eine „globale marktdominante Minorität“ (S. 229).

*Verschwinden der Mittelschichten:* Die Theoretiker der Demokratie sind sich ziemlich einig mit Münch und Elsenhans, dass eine kapitalistische demokratische Gesellschaft sozial gesehen einen Mittelstand benötigt. Die globalen Oberschichten lösen die Finanzkrise jedoch überwiegend auf Kosten der Mittelschichten. Griechenland bietet ein

12 M. Mann: Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung, Hamburg 2007.

13 Vgl. hierzu auch J. Binner/H.-H. Nolte (Hrsg.): Schwerpunkt Massenverbrechen (= Zeitschrift für Weltgeschichte 13.1), Bern 2012.

14 P. Ther: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa, Göttingen 2011.

eindringliches Beispiel<sup>15</sup> – die privaten und öffentlichen Gläubiger wurden auf Druck des Europäischen Währungssystems geschont und die Schulden durch Pensions- und Lohnkürzungen sowie Sondersteuern auf Verbrauch finanziert. Da die Nachfrage zusammen brach, stieg die Rate der Erwerbslosigkeit bis Ende 2011 auf 20% und die Jugenderwerbslosigkeit auf 50%.<sup>16</sup> Sicher ist richtig, dass Griechenland aufgrund günstiger Kredite lange „über seine Verhältnisse“ gelebt hat, nur heißt das im Rückblick auch, dass die Statistiken, mit denen z.B. Münch das relativ erfolgreiche Aufschließen peripherer Länder belegt hat, nicht die Realität abbildeten, zumal es ja nicht nur um Griechenland, sondern den gesamten „Süden“ der Europäischen Union geht, der zur inneren Peripherie der EU geworden ist.<sup>17</sup> Parallel zur Schwächung der Mittelschichten hat die politische Kraft des alten Proletariats an Schärfe verloren, seit es sich bürokratische Organisationen geschaffen hat und so im Effekt „eingestaetet“ wurde. Wird das neue „Prekariat“ an seine Stelle treten? Die Handlungsbedingungen sind fast konträr – das Proletariat konnte (und kann) streiken, aber das Prekariat hat keine Arbeit.

*Reformistische Antworten:* Der alte sozialdemokratische Vorschlag, die soziale Krise durch Staatsintervention zu lösen, lässt sich mit dem Ansatz von Lord Keynes vereinen, für den Rodrik argumentiert. Aber ist der Nationalstaat noch ein wirkungsvolles Instrument? Haben die Kapitaleigner nicht vorgeführt, wie leicht sie den Nationalstaat und sein im 21. Jahrhundert wichtigstes Souveränitätsrecht, die Besteuerung, umgehen können? Das „in weltweiten Steueroasen geparkte Vermögen der Reichen und Superreichen“ wird für 2010 auf eine Gesamtsumme von 21 bis 31,5 Billionen US-\$ geschätzt.<sup>18</sup>

Was tun? Für Griechenland schlägt die Kommunistische Partei den Aufstand vor, der kontraproduktiv wäre, nicht nur weil er zum Bürgerkrieg führen, sondern auch, weil er Athen isolieren würde. Roth votiert für eine „transnational[e], antietatistisch[e] und basisdemokratisch[e]“ Perspektive.<sup>19</sup> Für einzelne Gruppen ist ein solcher Rückzug „aus der Welt“ sicher möglich und es gibt viele Beispiele dafür, vom Berg Athos bis zu den Phalanstères des 19. Jahrhunderts. Für einen ganzen Nationalstaat scheint eine solche alternative Ökonomie angesichts globaler Arbeitsteilung und Bürokratisierung allerdings nicht machbar, nicht zuletzt auch deshalb, weil die zweite und dritte Generation sich andere Lebensformen wählen wird als die Eltern (wie die Kinder aus den Phalanstères oder den Kibbuzim, oder auf gesamtstaatlicher Ebene die der kommunistischen Führungseliten der UdSSR). Hinzu kommt, dass die kleine Einheit mit der fernen Macht eines Kaisers ganz gut zusammen arbeiten könnte, jedenfalls haben die Bauerngemeinden Russlands mit der imperialen Struktur des Landes keine Probleme gehabt. Außerdem ist die Mahnung von Elsenhans überzeugend, dass nicht bekannt ist, ob der Trend der

15 Zypern, wo auch die Oberschicht etwas zahlen muss, scheint deshalb eine Ausnahme zu sein, weil die russischen Oligarchen im internationalen Finanzsystem nicht genug vernetzt oder nicht anerkannt sind.

16 K. H. Roth: Griechenland: Was tun? Hamburg 2012, S. 45-51.

17 H.-H. Nolte: Zentrum und Peripherie in Europa aus historischer Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (2013) 6, S. 36-41.

18 Das Parlament, Nr. 18, 20-29. April 2013, S. 9.

19 Roth, Anm. 16, S. 89-91, Zitat S. 91.

Zeit auf ständig, wenn auch langsam, steigende Partizipation hinausläuft, oder auf mehr Hierarchie und mehr Herrschaft. Das gilt auch, wenn man, Rodrik folgend, vom demokratischen Nationalstaat ausgeht – ökonomisch souverän ist keiner mehr, militärisch nur noch wenige, und seit der Genozidkonvention 1947 nehmen rechtliche Eingriffe in die nationale Souveränität zu. Andererseits gelangen die UN nicht zu einer Reform, welche ihre demokratische Legitimität erhöhen würde. Folgen daraus Argumente für ein dann wirklich globales Imperium, das Minderheiten überall schützt – sowohl marktbeherrschende als (hoffentlich) auch arme? Es gibt in den USA eine Diskussion über Imperien,<sup>20</sup> und trotz der militärischen Überlegenheit des Landes kann man sich auf Grund der ökonomischen Stärke Chinas auch ein neues Doppelkaisertum vorstellen, nur dass der „Ostkaiser“ dann in Peking säße und nicht in Konstantinopel.

Was also tun? Sind reformistische Konzepte wie z. B. Erheben einer globalen Einkommenssteuer diskussionsfähig? Selbstverständlich ist ein Historiker mit solchen Fragen nach globaler Politik überfordert, er scheint aber nicht der einzige zu sein, dem das so geht.

20 Vgl. H. A. Prantner: Imperium USA. Die aktuelle englischsprachige Diskussion, in: Zeitschrift für Weltgeschichte 14 (2013) 2, S. 135-158.